

BLITZ-BRIEFING: MINISTERPRÄSIDENTEN- KONFERENZ (MPK) ZUR MIGRATIONSPOLITIK AM 10. MAI 2023

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden, 9. Mai 2023

I. Sachverhalt

Nach monatelangem Zögern beruft Bundeskanzler Scholz am 10. Mai endlich eine MPK zur aktuellen Migrationskrise ein. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden bereits 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt. Zusätzlich haben weiterhin über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge bei uns Zuflucht gefunden, mehr als in jedem anderen Land der EU.

Die Unionsfraktion hat deshalb von Anfang an das Gespräch mit den Kommunen gesucht, die aktuell die Hauptlast dieser Situation schultern. Beim Kommunalgipfel unserer Fraktion am 30. März haben wir intensiv zugehört und mit den Kommunen echte und rasch wirksame Lösungen erörtert.

Nach der öffentlich bekannten – und weiterhin zwischen Bund und Ländern höchst umstrittenen – Beschlussvorlage verweigert der Bund den Ländern und Kommunen nun aber zusätzliche Unterstützung für die Finanzierung der migrationsbedingten Mehrkosten. Bei der Integration der vielen bleibeberechtigten Kinder und Erwachsenen sowie der Ukrainerinnen und Ukrainer in Kita, Schule und Beruf lässt Bundeskanzler Scholz die Kommunen im Stich.

Maßnahmen für eine kurzfristig wirksame Begrenzung der weiteren irregulären Zuwanderung werden nur am Rande angesprochen. Stattdessen enthält die Beschlussvorlage des Bundeskanzlers lange Ausführungen zu Projekten, die zwar im Kern richtig sind, den Kommunen aber jetzt keine unmittelbare Entlastung bringen. Dies betrifft etwa die europäische Asylrechtsreform, Migrationsabkommen, Rückführungen und bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Die Vorschläge der Bundesregierung dienen offensichtlich dazu, vom wichtigen Thema der finanziellen Unterstützung der Kommunen abzulenken.

II. Unsere Position

Deutschland ist ein starkes und hilfsbereites Land. Unser christliches Menschenbild gebietet die Unterstützung für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Die anhaltend hohe Hilfsbereitschaft der Bevölkerung unterstreicht diese Haltung eindrucksvoll. Gerade die Kommunen leisten in dieser Zeit Außergewöhnliches, stoßen aber an ihre Belastungsgrenzen.

Wir fordern deshalb:

- Der Bundeskanzler muss die Unterstützung der Kommunen endlich zur Chefsache machen. Er darf nicht länger über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Die Kommunen müssen in die Beratungen von Bund und Ländern systematisch eingebunden werden.
- Nur der Bund hat es in der Hand, die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, zu begrenzen. Deshalb muss der Bund den Kommunen über die zugesagten Pauschalen hinaus bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen. Die Bundesregierung muss die finanzielle Unterstützung der Kommunen – wie in der Vergangenheit unter der unionsgeführten Bundesregierung auch – nachvollziehbar und dauerhaft regeln, damit die Kommunen Planungssicherheit haben und nicht allein gelassen werden.
- Die irreguläre Migration nach Deutschland muss spürbar reduziert werden. Die Kommunen brauchen Entlastung. Der Akzeptanz der humanitären Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige wollen wir erhalten. Dafür braucht es jetzt kurzfristig wirksame Maßnahmen:
 - Die Bundesregierung muss die Anreize für einen unbegründeten Asylantrag in Deutschland minimieren und dafür weitere Staaten, wie z.B. die Maghreb-Staaten und Georgien, als sichere Herkunftsstaaten einstufen. Die Grünen müssen ihre Blockadehaltung im Bundesrat endlich aufgeben.
 - Wir brauchen europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält. Unerlaubte Einreisen in den Schengen-Raum müssen wir reduzieren, auch durch die Errichtung von Grenzschutzinfrastruktur.
 - Die Bundesregierung muss alle Maßnahmen stoppen, die zu weiteren vermeidbaren Belastungen der Kommunen führen. Dazu zählen auch freiwillige Programme zur Aufnahme von zusätzlichen Migranten, wie z. B. das über die Ortskräfteaufnahme hinausgehende Sonderaufnahmeprogramm Afghanistan.
- Die Bundesregierung muss ihre vielfach versprochene Rückführungsoffensive für abgelehnte Asylbewerber endlich umsetzen, vor allem bei Straftätern und

Gefährdern. Dafür braucht es keine langwierigen Rechtsänderungen, sondern den politischen Willen, alle erforderlichen Hebel einzusetzen.

III. Sprachempfehlung

Zu wenig, zu spät – damit lässt sich der Ansatz von Bundeskanzler Scholz für die Ministerpräsidentenkonferenz zusammenfassen. Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind offensichtlich völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung.

Nur der Bund hat es in der Hand, den irregulären Zuzug nach Deutschland zu begrenzen. Hierfür finden sich in dem Vorschlagspaket für die MPK kaum Maßnahmen des Bundes, die unmittelbar und kurzfristig wirken, sondern vor allem Aufträge an die Länder und Verweise nach Brüssel. Das Paket enthält viele Vorschläge, die noch langwierig verhandelt werden müssen, deren Erfolg und Wirksamkeit erst in vielen Monaten feststeht und bei denen unklar ist, ob alle drei Koalitionspartner der Ampel sie mittragen werden. Insofern bleibt die Frage, wie ernst die Bundesregierung es mit diesen Vorschlägen meint.

Wir fordern deshalb: Diese Placebo-Politik muss enden. Wir brauchen jetzt:

- Kurzfristig wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland.
 - o Dafür braucht es jetzt europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält.
 - o Gemeinsam mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union brauchen wir zudem kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz. So können wir eine spürbare Reduzierung der irregulären Migration in die EU erreichen und den binnengrenzkontrollfreien Schengenraum als eine der zentralen Errungenschaften der europäischen Integration erhalten.
- Langfristig planbare und über die bereits zugesagten Pauschalen hinausgehende finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen. Solange der Bund die irreguläre Migration nicht effektiv begrenzt und steuert, muss er mindestens die vollständigen Kosten der Unterkunft – einschließlich angemessener und an der Migrationsentwicklung orientierter Vorhaltekosten – übernehmen. Daneben muss der Bund auch die Kosten der Integrationsleistungen in Schule, Kita und Beruf erstatten.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cducsu.de.